

FRAGESTUNDE

Beginn: 12.18 Uhr
Ende: 13.25 Uhr

1) WC-Anlage Kinderspielplatz Theodor-Körner-Straße

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! WC-Anlagen auf Spielplätzen und öffentlichen Parks ist ein Thema, das uns auch immer wieder beschäftigt hat hier und in den Medien auch immer wieder präsent ist. Die WC-Anlagen sind, wenn man ein gesunder Erwachsener ist, meistens nur sehr sekundär notwendig. Man hat die Möglichkeit, das Ganze auf später zu verschieben oder in ein Lokal zu gehen. Wenn man Kleinkinder hat oder auch für ältere Personen kann das allerdings relativ schnell ein dringendes Problem werden und damit ist es wichtig, wenn man sich längere Zeit im öffentlichen Raum aufhält, zum Beispiel auf Spielplätzen oder in Parkanlagen, dass man in unmittelbarer Nähe auch WC-Anlagen vorfindet. In der Theodor-Körner-Straße gibt es einen ganz tollen Spielplatz und die Menschen, die sich dort immer wieder aufhalten mit ihren Kindern, haben sich sehr gefreut, dass erst, ich glaube vor einem Jahr, eine WC-Anlage errichtet worden ist und die Zeit der Pixi-Klos damit vorbei war und umso enttäuschender war es, als sie jetzt mit Beginn des Herbstes folgendes Schild vorfanden, ich habe auch ein Foto bekommen von einer Bürgerin, die sich eben an mich gewandt hat und auf diesem Schild (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) steht der Hinweis „Diese WC-Anlage ist über die Wintermonate geschlossen, wir bitten um Ihr Verständnis“. Die Bürger und Bürgerinnen haben da allerdings eben wenig Verständnis dafür, weil die Kinder auch in den Herbstmonaten

und auch im Winter Bedürfnisse haben und daher natürlich auch das Verständnis nicht da ist.

Ich darf daher seitens der SP-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

stellen: Was ist der Grund dafür, dass die öffentliche WC-Anlage am Kinderspielplatz in der Theodor-Körner-Straße über die Wintermonate hin geschlossen ist (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin, es ist so und zwar seit vielen Jahren, dass einige WC-Anlagen in Parks, und dazu gehört auch das WC am Kinderspielplatz in der Theodor-Körner-Straße, nicht frostsicher ausgeführt sind. Das ist im Wesentlichen aus Kostengründen bedingt und zwar sowohl was die Baukosten betrifft als auch die Betriebskosten. Und dazu hat eben die Annahme seitens der Stadt geführt, dass während der Wintermonate eine geringere Frequenz an den Spielplätzen herrscht und daher die Heiz- beziehungsweise Reinigungskosten gespart werden können. Nachdem aber gerade heuer sich der November als herbstlich warm noch anlässt, werde ich das gerne überprüfen und hier eben allenfalls, solange das Wetter so warm ist und solange die Temperaturen so hoch sind, dass wir hier nochmals eine Öffnung machen können. Die grundsätzliche Begründung habe ich Ihnen genannt und das war auch in der Vergangenheit so, es ist also keine neue Maßnahme.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Erstens einmal danke, dass es vielleicht die Chance gibt, dass das WC noch länger aufgesperrt ist. Allerdings löst es natürlich für die eigentlichen Wintermonate dann das Problem nicht. Ist daran gedacht, es in Zukunft auch für alle WC-Anlagen in den Wintermonaten zu verändern?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ist derzeit jedenfalls nicht gedacht. Wie gesagt, da geht es nicht einfach ums Aufsperrn oder Nichtaufsperrn, sondern da müsste auch von baulicher Seite und dann eben auch vom Betrieb die Voraussetzung geschaffen werden, die WCs, ich kann es nur nochmals sagen, wirklich frostsicher ausgeführt werden, das ist derzeit jedenfalls nicht geplant.

2) Sanierung der VS Peter Rosegger

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Liebe Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat! In meiner Frage geht es um die Sanierung von Volksschulen. Im Konkreten um die Sanierung der Volksschule Peter Rosegger in Wetzelsdorf, die wurde über den Sommer saniert, jetzt kann der Turnunterricht aber nicht ordnungsgemäß abgehalten werden, einmal, weil es zu gefährlich ist. An der Fensterfront wurden 25 Sprossenwände aufgestellt und der Abstand zwischen Fensterfront und Sprossenwände ist einfach zu klein, als dass man die Kinder das ordnungsgemäß sichern kann. Weiters fehlen zahlreiche Bodenmatten, um die Kinder zu sichern und es fehlen wichtige Gerät wie das Sprungbrett, das erwähnte Reck wurde auch nicht

angefunden. Leider gab es vor der Sanierung auch keine Gespräche mit dem Lehrkörper, also die Turnlehrer oder auch die Direktorin sind über den tatsächlichen Bedarf nicht gefragt worden.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Wie kann es im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen dazu kommen, dass der tatsächliche Bedarf unberücksichtigt bleibt und stattdessen Unsummen an Steuergeld für nicht brauchbare Geräte - im vorliegenden Fall 25 Stück Sprossenwände - vergeudet werden (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich freue mich über die Frage, zeigt dies einmal mehr, dass sich alle Fraktionen parteienübergreifend für unsere Schülerinnen und Schüler einsetzen. Im konkreten Fall handelt es sich anscheinend aber um ein Missverständnis, dem Sie, Frau Gemeinderätin, leider aufgesessen haben. Sprossenwand ist nämlich nicht gleich Sprossenwand. Die besagte Sprossenwand ist nämlich nicht nur zu Turn- und Sportzwecken errichtet worden, sondern dient auch als geeigneter und kostengünstiger Schutz. Es ist nämlich so, dass die Brüstung, die beim Fenster ist, zu niedrig errichtet wurde, das ist vom Anfang an so gewesen und es aus Sicherheitsgründen hier einen Schutz gebraucht hat. Das wurde jetzt im Zuge der Umbaumaßnahmen errichtet. Ich möchte jetzt aber nicht ganz ins Detail gehen, aber die Sprossenwand ermöglicht eben die Sicherheit der Kinder und auch Externer und ermöglicht auch ein kostengünstiges

Fensterputzen. Zusätzlich ist die Benützung der Sprossenwände für den Turnunterricht sehr wohl möglich, nur kann man die Sprossenwände nicht bis nach ganz oben benutzen. Es ist eine Normeinrichtung und es wurde auch abgenommen. Sie sehen, Frau Gemeinderätin, man hat sich auch bei dieser Anschaffung was dabei gedacht. Ich möchte aber auch an Sie eine Gegenfrage richten, mit wem Sie vor Ort gesprochen haben. Weil gestern haben wir zwei Schul-Projekte präsentieren können, einmal Viktor-Kaplan und einmal Peter-Rosegger und hier habe ich mit der Direktorin der Peter-Rosegger-Schule ausführlich über Ihre Frage sprechen können. Sie wundert sich enorm, hat eigentlich noch nie was davon gehört, dass es da einen außerordentlichen Bedarf gibt. Vielleicht zur Historie, es hat da auch einen Direktorenwechsel gegeben, es war früher die Frau Dr. Hermann zuständig, dann hat es interimistisch die Frau Direktor Leitner gegeben und seit September ist jetzt die Frau Direktor Ress zuständig. Sie hat mir bestätigt, dass es auch eine Einführung der Geräte mit den Turnverantwortlichen gegeben hat, also man kann überhaupt nicht davon sprechen, dass das Lehrpersonal hier nicht miteingebunden war. Sie hat auch bestätigt, dass die ehemalige Direktorin Dr. Hermann gemeinsam mit dem Schulwart in die Planungsarbeiten miteingebunden war, und was die Matten und die Geräte betrifft, die Sie hier angeführt haben, die wurden jetzt bestellt, die jetzige Direktorin hat nur die Abläufe nicht genau gewusst, wie das funktioniert bei der Abteilung. Sie wurden bestellt und sie werden bald geliefert. Also ich verstehe Ihre Aufregung, aber ich glaube mit dieser Hintergrundinformation ist, glaube ich, alles nicht so aufgeregt (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Vielen Dank. Natürlich war ich vor Ort, habe mit den Turnlehrern und der aktuellen Direktorin auch selber gesprochen, habe auch im Turnunterricht zugeschaut und fotografiert, die Turnlehrerinnen Matratzen von zu

Hause mitnehmen, um die Kinder abzusichern. Meine konkrete Zusatzfrage ist, sind Sie bereit, jetzt im Nachhinein der Volksschule Peter-Rosegger auch noch die fehlenden Gerätschaften, wie das Reck, das Sprungbrett usw. zur Verfügung zu stellen (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Also ich war zweimal vor Ort, einmal ungefähr im Februar, habe mir den Turnsaal damals angeschaut und ich habe mir den Turnsaal auch jetzt angesehen und er ist wirklich großartig geworden und, Frau Gemeinderätin, ich habe Ihnen gerade vorher gesagt, die Matten und die Geräte sind bereits bestellt. Ich glaube, somit ist Ihre Frage beantwortet (*Applaus ÖVP*).

3) Erhalt des städtischen Kindergartens in der Max-Mell-Allee

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** stellt an StR. **Hohensinner**, MBA folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ein herzliches Grüß Gott. Besonders begrüßen möchte ich jetzt die Kindergartenkinder, Eltern, Geschwister, PädagogInnen vom Max-Mell-Kindergarten, die hier sind, weil die kommende Frage für sie eine ganz besondere Frage ist und ich möchte gleich damit anfangen. Wie du weißt, lieber Kurt, habe ich im März dich bereits gefragt, wie es weitergehen wird mit dem Max-Mell-Kindergarten und du hast damals argumentiert, was ich auch verstehen konnte, dass es ja einen großen Umbau bräuchte, dass es dort auch schwierig ist, an diesem Ort weiter den Kindergarten zu betreiben. Nun ist es aber so, dieser Kindergarten befindet sich in einer absoluten Grünoase. Dieser Kindergarten hat ein

herausragendes, besonders pädagogisches Konzept. Dieser Kindergarten ist ein wesentlicher Anker für die Seniorinnen und Senioren des Pensionistenwohnheimes, das gleich in der Nähe ist, wo viel zusammengearbeitet wird und es ist unglaublich, mit welchem Engagement die Eltern dahinter sind, dass dieser Kindergarten erhalten bleibt. Die sind sogar so weit gegangen, der Stadt anzubieten, bei der Finanzierung des Umbaus zu helfen. Also bis hin Crowdfunding, man hat sich wirklich da sehr angeboten mitzuhelfen und es wäre ein großes Anliegen, dass dieser Kindergarten erhalten bleibt. Wenn das Argument ist, man braucht in Gries und Lend Kindergärten, das ist mir schon klar, aber man kann dann auch vielleicht darüber hinaus darüber nachdenken, was es für ein urbanes Stadtbild bringt, auch andere Orte mit Kindergärten zu bespielen. Es ist dort der heilpädagogische Kindergarten, es ist der Universitätskindergarten, dort ist es kein Problem, dass die Kinder aus der ganzen Stadt kommen und es wäre einfach total großartig, wenn man darüber noch einmal nachdenkt, ob es eine Möglichkeit gibt, in einen anderen Lösungsansatz zu gehen, zumal ein großes Problem, das wir damit verbinden, auch das ist, dass die Stadt zunehmend rausgeht aus städtischen Kindergärten, zunehmend privatisiert, wir haben heute eine Unterschriftenliste bekommen vom Kraus-Kindergarten in der Krausgasse, das ist eine Tendenz, wo die Mischung nicht mehr stimmt und die wir als hochproblematisch ansehen.

Deshalb meine

Frage:

Bist du bereit, angesichts des großen Engagements der Eltern deine Entscheidung hinsichtlich der Schließung des städtischen Kindergartens in der Max-Mell-Allee noch einmal zu überdenken, und ich darf dir über 300 Unterschriften von Eltern, AnwohnerInnen etc. übergeben und bitte dich wirklich, noch einmal dich bewusst damit zu befassen. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Gemeinderätin, liebe Astrid! Wie du weißt und wir ich dir im März auch versicherte, habe ich mir die Entscheidung der Max-Mell-Allee wirklich nicht einfach gemacht. Du wirst mir auch zustimmen, dass ich als zuständiger Stadtrat halt wirklich auf das gesamte Stadtgebiet schauen muss, und der Kindergarten der Max-Mell-Allee, und ich war auch vor Ort, ist so, dass wir eine ganz große Investition tätigen müssten. Wenn wir unseren Versorgungsgrad im Bezirk Geidorf anschauen, der ist sehr, sehr hoch. Der liegt bei 138 % und da möchte ich um Verständnis bitten und noch einmal anführen, ich muss als zuständiger Stadtrat für das gesamte Stadtgebiet mit den Mitteln, die vorhanden sind, wirklich das Maximale herausholen. Und wenn ich jetzt, und du hast es ja schon gesagt, andere Bezirke anschau, wo der Versorgungsgrad weit unter 90 % ist, weit unter 90 %, dann muss ich wirklich einen Schwerpunkt setzen, dass ich mit diesen Mitteln möglichst viele Kinderbetreuungsplätze auch am anderen Murufer erwirke. Da bitte ich wirklich um Verständnis. Und ich möchte auch anführen, dass die Kinder, die in der Max-Mell-Allee angefangen haben, auch ihre „Kindergartenkarriere“, unter Anführungszeichen, dort selbstverständlich beenden können. Also es wird kein Kind herausgerissen beziehungsweise wir brauchen keine Kinder irgendwo anders versorgen. Das ist wirklich eine sanfte Variante, für die haben wir uns entschieden, der Kindergarten sperrt auch nicht unterm Jahr zu, sondern wir haben die Entscheidung knapp zwei Jahre vorher bekanntgegeben und keine neuen Kinder aufgenommen. Ein weiterer Punkt ist, dass wir das hervorragende Kneipp-Konzept, das ich mir vor Ort angeschaut habe, auch in einem anderen Kindergarten, nämlich ziemlich nah, integrieren werden, nämlich beim Kindergarten Rosenhain und da haben wir auch einen Termin schon vor, wo wir sie einladen, weil ich weiß, dass Sie auch Geschwisterkinder haben und Sie, glaube ich, sehr von dem Kneipp-Konzept überzeugt sind und da wollen wir Sie wirklich einbinden, dass wir am Rosenhain dieses Konzept gut umsetzen können. Das sind die Punkte, ich bitte um Verständnis, aber anderen Bezirken geht es nicht so

gut vom Versorgungsgrad und deswegen habe ich mich so entschieden, also ich bleibe dabei (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Noch einmal, ich verstehe das Argument, ich denke aber trotzdem und würde darum bitten, stadtplanerisch Urbanität weiter und breiter zu denken und das heißt, auch nicht innerhalb dieser Sprengelgrenzen Bildungseinrichtungen nur zu entwickeln. Es wäre damit viel und vor allem dieser Stadt geholfen. Zum Kneipp-Konzept. Bist du bereit, das ist jetzt meine Zusatzfrage, angesichts dieses Engagements der Eltern und der Pädagoginnen auch für dieses Konzept diese einzubinden? Wir wissen von dieser Idee, in den Rosenhainkindergarten zu gehen, es ist die Frage, ob das Konzept dort überhaupt funktioniert. Deswegen wäre die Bitte als Zusatzfrage, kannst du dich bitte mit den PädagogInnen, mit den betroffenen Eltern und mit den möglichen PartnerInnen für dieses Konzept zusammensetzen, um zu schauen, wo wirklich gut dieses Konzept in Zukunft auch eingesetzt werden kann (*Applaus Grüne*)?

StR. **Hohensinner**, MBA: Liebe Astrid, ich möchte drei Punkte noch anführen. Erstens, nach unserem Zusammentreffen in der Max-Mell-Allee war es mir wirklich ein Anliegen, auch in der Umgebung die Kinderbetreuungseinrichtungen abzufahren und ich habe geschaut, ob es freie Plätze gibt und die wird es auch zu dem Zeitpunkt, wo dieser Kindergarten schließt geben. Es war auch immer so die Angst, dass dieses Grundstück verkauft wird und dort irgendein gewinnbringendes Wohnbauprojekt hochgezogen wird. Das ist definitiv nicht der Fall, wir werden hier Sozialwohnungen errichten, das ist nur zur Klärung, dass Sie das wissen, und der dritte Punkte, und das

ist deine Frage, liebe Astrid, ich werde auf jeden Fall die Eltern in die Konzeptfindung miteinbinden und wir werden auch schauen, dass wir jetzt nicht nur bezirksweise die Kinderbetreuungsplätze planen, sondern dass wir das auch wirklich über die Bezirke ausrichten, das werde ich machen, gerne (*Applaus ÖVP*).

4) Konzept für das Univiertel

GR. **Pacanda** stellt an StR.ⁱⁿ **Kahr** folgende Frage:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Elke! Seitdem wir das letzte Mal über die Sperrstundenthematik gesprochen haben, das ist jetzt zirka zwei Monate her hier im Gemeinderat, ist einiges passiert auf Seite der Lokale. Das Kottulinsky hat zugesperrt, das TamTam siedelt in die Innenstadt ab, der eine oder andere Klubchef freut sich schon über die neue Nachbarschaft. Das sind die "Lösungen" auf der Seite der Lokalbetreiber und das ist im Endeffekt nur der Anfang vielleicht und wir wissen nicht, welche Lokale werden noch folgen werden, was mit dem Univiertel in Summe passiert, wie es weitergeht. Wie sieht die Zukunft für das Univiertel aus? Wie die Konzepte? Die Frage stellt sich, wie sieht die Zukunft für das Univiertel aus, wie die Konzepte und was auf der Seite der Stadt Graz passiert ist. Wie gesagt, wir haben vor zwei Monaten darüber gesprochen, du hast damals gesagt: "Auch Graz wird eine Lösung finden" und die Frage ist, welche Lösungsansätze und Lösungen gibt es?

Daher die

Frage:

Welche Schritte wurden deinerseits unternommen, um in der Sperrstundenthematik weiterzukommen, wie ist hier der aktuelle Stand der Dinge?

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Philip! Vielleicht eine Vorbemerkung, das Kottulinsky hat freiwillig zugesperrt, das haben wir nicht gedrängt und es könnte und kann natürlich auch jederzeit wieder aufsperrern. Und auch das TamTam würde wahrscheinlich nicht in die Innenstadt absiedeln, wenn es dort nicht bestimmte Erwartungshaltungen hätte. Die Kollegin Marak-Fischer wird heute noch einen Dringlichkeitsantrag dazu stellen und sie hat in ihrer ersten Vorbemerkung zum Dringlichkeitsantrag vollkommen Recht, dass dieses Thema schon mindestens zehn Jahre, das weiß ich selber noch, da war ich Gemeinderätin hier im Haus, debattiert worden ist und ich möchte mir hier einfach eines erlauben, abgesehen davon, dass es nicht nur politisch meine einzige, dass es mehrere politische Zuständigkeiten hier gibt. Aber ich halte das schon auch aus, dass ich zum Beispiel da immer diesbezüglich in der Öffentlichkeit gefragt werde und sagen wir, oft mit Bemerkungen, die eigentlich sehr grenzwertig sind, konfrontiert werden, aber das ist jetzt ein anderes Kapitel. Aber was man sicher nicht erwarten kann, dass etwas, was so lange andauert hat an Debatte und wo es keine Lösung seitens der Politik, aber auch nicht von Betreibern gegeben hat, etwas gelöst werden kann jetzt innerhalb von ein paar wenigen Monaten. Vollkommen richtig hast du angesprochen, dass es eine Lösung seitens der Stadt geben wird müssen, das sehe ich genau so, daran tu ich alles dazu was auch notwendig ist. Mir ist nur wichtig, dass die vorgezogene Sperrstunde kein Beliebigkeitsinstrument irgendwelcher spaßbremsender Politiker oder Politikerinnen ist, die Geschäftstreibende einfach da drangsaliieren möchten, sondern, weil das wird nämlich gerne von Betreibern und auch von Medien so kolportiert, sondern das Ergebnis einer rechtlich völlig korrekten Vorgehensweise,

das kann ich nicht oft genug betonen. Das heißt, die Behörde kann bei Vorliegen sicherheitspolizeilicher Bedenken im Rahmen der momentanen Rechtslage nicht anders entscheiden. Um nachhaltig etwas zu ändern, bedarf es daher entweder einer Situation, in der die Polizei keine sicherheitspolizeilichen Bedenken mehr feststellt oder aber eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, das heißt, eine Änderung der Sperrstundenverordnung des Landeshauptmannes beziehungsweise eine Änderung der entsprechenden Bestimmungen der Gewerbeordnung. Das wird sich nicht von heute auf morgen bewerkstelligen lassen, das muss man ehrlicherweise auch sagen, weil sonst lügen wir uns selber an, lügen wir die Besucher an und lügen wir auch die Betreiber an. Ein Treffen zwischen Polizei, Magistratsdirektion und meinem Büro und den Mitarbeitern hat es vor zwei Wochen gegeben, es wird kommenden Montag wieder auf unsere Initiative hin ein Treffen bei mir im Büro geben, wo Stadtrat Eustacchio auch dabei ist, weil er ist in einer bestimmten Phase ja genauso involviert, genauso wie auch vom Bürgermeisteramt, meinem Büro und ich und natürlich auch alle Beamten und auch die Magistratsdirektion, die in dieser Causa Mitverantwortung tragen. Bürgermeister Nagl, wie du vielleicht der Zeitung entnommen hast, wird relativ zeitnah auch eine Befragung aller Bewohnerinnen und Bewohner des Univiertels vornehmen lassen und das Ergebnis dieser Befragung wird dann auch eine Grundlage dafür sein, inwieweit gemeinsam mit dem Land die rechtliche Basis geschaffen werden kann, um den Lokalen wieder eine längere Öffnungszeit auch zu ermöglichen. Ich hoffe, du entnimmst dieser Beantwortung, dass es hier sehr wohl parteiübergreifend an einer Lösung gearbeitet wird, und vor allem, und das ist nämlich wichtig, auf die die Wirte, nämlich alle in unserer Stadt, künftig auch vertrauen können (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es eine Zusatzfrage?

GR. **Pacanda:** Eigentlich hunderte, aber wir haben heute noch ein bisschen Zeit, wir haben beim dringlichen Antrag dann genauer darüber zu sprechen. Ich habe aber noch eine Frage spezifisch, du hast es gerade angesprochen, es ist eigentlich schade, dass es zehn Jahre dauert, dass man da wirklich Ewigkeiten daran rumdoktert. Aber jetzt eine ganz spezifische Frage, du hast sie gerade vorher angesprochen die Bürgerbefragung, die durchgeführt werden wird, und das interessiert mich jetzt dann schon und zwar, ob vielleicht auch eine Bürgerbefragung geplant ist, die die Grazer Innenstadt betrifft bezüglich dem Adventmarkt, ob sich da die Innenstadtbewohner vielleicht gestört fühlen und ob man dann vielleicht auch daraus Konsequenzen ziehen könnte, ob man so etwas auch machen könnte oder angedacht ist?

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Man darf natürlich die Dinge nicht verdrehen. Wie du richtig jetzt noch einmal erwähnt hast, dass es da zehn Jahre so lange eine Debatte gibt, das ist ja nicht grundlos. Das ist, weil es keine Lösung für die Bewohnerschaft, aber auch keine wirkliche für die Betreiber gegeben hat und deshalb ist diese Maßnahme jetzt gesetzt, ich halte sie für vernünftig und ich bin optimistisch, das sage ich jetzt noch einmal, das habe ich das letzte Mal schon gesagt, dass wir gemeinsam eine Lösung finden werden (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich möchte vielleicht da auch etwas anschließen. Es wird nicht herumgedoktert, sondern wir suchen eine Lösung für ein Problem, das anders gelagert ist als zum Beispiel die Adventstandln am Hauptplatz. Von zwei Uhr in der Früh bis sechs Uhr in der Früh finden hier nicht Bewegungen statt, wie wir sie fast das ganze Jahr über mit Ausnahme der Ferienregelungen der Studierenden dort vor Ort

haben. Und ich möchte es jetzt noch viel genauer wissen, weil es gab schon Untersuchungen. Ich möchte gemeinsam mit den beiden Bezirksräten, gemeinsam mit Profis, die auch daran schon gearbeitet haben, die 1.880 Personen, also knapp 2.000 Personen wohnen zwischen der Zinzendorfgasse und der Leonhardstraße in diesem betroffenen Bereich, und die werden wir aufsuchen, um einmal gezielt punktuell nachzufragen, wo jeweils vor Ort, wir reden über ein relativ große Gebiet, welche Probleme besonders drastisch auftauchen, damit wir neue Maßnahmen einleiten können und das ist der eine Teil. Und der zweite Teil ist, und das möchte ich da noch einmal betonen, weil es unsere lieben Medienvertreterinnen und Medienvertreter so gut wie nie schreiben und manche Studierende wirklich das Gefühl in dieser Stadt vermittelt bekommen, dass der eine oder die andere in der Regierung da eine Spaßbremse ist, wie es die Frau Stadträtin gesagt hat. Das ist nicht der Fall und es wird in Graz immer ein studentisches Leben geben. Aber wir haben eine Gesetzeslage und die ist einzuhalten, und zwar von allen, und wenn ich hier auch Vertreter der Gastronomieszene dort kenne, wir haben ja betreffend Kottulinsky erst vor wenigen Wochen da drinnen ein Gespräch geführt, und wir nicht einmal eine Widmung in diesem Keller haben, es eine Gewerbeberechtigung auf Kaffee mit Hintergrundmusik gibt, dann haben wir ein Problem und das hat auch der Eigentümer, wenn ich so sagen darf, und Investor erkannt und hat gesagt, er möchte nicht ununterbrochen parallel zum Gesetz oder entgegen der gesetzlichen Geschichteln dann sein Lokal betreiben und hat gesagt, er macht das jetzt zu. Das heißt nicht, dass es immer zu sein muss, aber ich glaube nicht, dass wir jetzt zum jetzigen Zeitpunkt einen Umwidmungsantrag da herinnen stellen sollten, um ein Kottulinsky auch jetzt wieder zu eröffnen. Dazu haben wir, auch rechtlich gesehen, Problemstellungen, die wir nicht erledigt haben und es ist leichter von außen gesagt als von herinnen getan, wir können im Übrigen dieses Bauressort dann durchaus einmal von der Frau Kahr an andere Kolleginnen und Kollegen kurzzeitig übertragen, es wird jeder, jeder, der die Verantwortung trägt, nach dem Gesetz zu entscheiden

haben, sich ans Gesetz zu halten haben, weil es hat auch jeder vor diesem Gemeinderat entweder dem Landeshauptmann oder dem Bürgermeister in die Hand versprochen, sich an diese Gesetze der Republik zu halten. Das heißt, es gibt momentan keine andere Möglichkeit und es wäre schön, wenn man das auch einmal den Studierenden von Graz sagen würde. Ich habe auch nicht das Gefühl, dass die Studierenden von Graz im Moment massivst drunter leiden, weil wir tun ja so, als gäbe es kein Univiertel und keine Lokalszene und kein Nachtleben mehr in Graz und das wird es immer geben. Wir haben mittlerweile 55000 Studierende und deswegen würde ich sagen, gehen wir wieder ans Werk, bleiben wir daran, vielleicht fällt uns das eine oder andere ein. Und mir tut es selber leid, dass manchmal genau jene Gastronomen und Wirte, die sich besonders bemühen, eine Lösung zu finden, diese Probleme haben, es gibt andere, die haben sich, wenn ich so sagen darf, aber schon überhaupt nie ans Gesetz gehalten und haben auch nie, das muss ich auch dazusagen, irgendwo mitarbeiten wollen. Und diese Differenzierung, auf die kommt es mir immer wieder an, gerade im Fall Kottulinsky haben die beiden Geschäftsinhaber mit uns gemeinsam immer versucht, Lösungen zu finden, du hast es auch wieder erwähnt, aber es hilft trotzdem nichts, wenn man erkennt, dass es gesetzlich halt momentan nicht geht. Also ich will das auch noch anhängen, weil es wird immer so rumgetan, da haben ein paar keine Freude, dass es ein studentisches Leben gibt. Ich sage es da noch einmal: 45000 Kinder an den Schulen, 55000 Studierende, ist das, worauf wir da alle herinnen, wie wir da sitzen, unheimlich stolz sind, damit hat die Stadt Zukunft, wir sind eine junge Stadt, wir wissen, dass es auch ein solches Leben geben muss in der Nacht, aber es hat sich halt dort in diesem Viertel unheimlich konzentriert und es gibt dort auch anrainende Bevölkerung, die ihre Probleme mehrfach zum Ausdruck gebracht haben. Ich möchte dem jetzt genau auf den Grund gehen, sobald wir die Daten erhoben haben, Frau Stapasas wird dabei sein etc. werden wir natürlich dem Gemeinderat und dem Stadtsenat berichten und

vielleicht können wir dann punktuell das eine oder andre auch wieder ändern
(Applaus ÖVP).

5) Popkultur

GR. **Rajakovics** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Die Frage passt jetzt genau, weil es gibt ja auch eine Szene außerhalb des Univiertels, die auch sehr gut besucht ist und weniger Probleme mit Anrainern hat. Heute liegt der Kulturbericht auf. Ich habe auch gehört, dass die Frau Stadträtin ja ein Pop-Projekt vorbereitet, deshalb, glaube ich, ist es gut, dass wir auch über das Kulturprogramm jenseits der Hochkultur sprechen. Dazu gehört aus meiner Sicht auch die Pop- und Rockmusik. Was Live Acts angeht, sind diese heutzutage für Veranstaltungen mit enormen Risiken verbunden. Da über den Verkauf von Tonträgern oder über Downloads in der Musikwelt eher bescheiden Geld zu verdienen ist, nicht für die Super-Stars, sind die Gagen für Liveauftritte in zum Teil astronomische Höhen geklettert. Großveranstaltungen wie Rock im Park, Nova Rock oder Frequency tragen das ihre zur schwierigen Situation speziell in und für Graz bei. Einzel Acts sind noch teurer und finden aufgrund des Einzugsgebietes eher in Wien oder Zagreb statt. Daher braucht man in Graz ein besonderes Gespür, wie man ein attraktives Programm macht und das birgt ein noch größeres finanzielles Risiko. Es ist kein Geheimnis, dass zwei wesentliche Grazer Veranstaltungen im Privatkonkurs gelandet sind, deren Engagement zolle ich jedoch höchsten Respekt, denn ohne sie wäre die Musikszene in Graz schon vor Jahrzehnten tot gewesen. Trotzdem mahnt ihr Beispiel Veranstalter in Graz zur Vorsicht, daher suchen sie zu ihrer Absicherung seriöserweise um Subventionen an, bevor sie in finanzielle Probleme geraten, leider

mit wenig Erfolg. Zum Konkreten, das PPC hat für 2014 um 86.000 Euro angesucht für die Live-Bühne PPC, heuer sind immerhin bereits 66 Grazer Events in PPC live aufgetreten, dazu kommen weitere 42 lokale Bands bei Local Heroes, sowie 60 Sound Portal-In-Konzerte, zusätzlich 40 steirische Live Acts. Alles zusammen ergibt das weit über 180 Konzerte der lokalen Szene und ich habe jetzt noch einmal nachgeschaut, ob ich die richtigen Zahl habe, tatsächlich steht im Kulturbericht des letzten Jahres 78.000 Euro jährlich, das heißt, das PPC hat heuer 20.000 bekommen, ist eine Kürzung von 75 % und ist eine Kürzung, die in keinem anderen Bereich so hoch ausgefallen ist.

Daher meine

F r a g e :

Ist für dich Pop- und Rockmusik Teil des Grazer Kulturangebots und bist du bereit, das PPC beziehungsweise Veranstaltungen zur Förderung der heimischen Musikszene im Bereich der Pop- und Rockmusik, soweit es heuer noch möglich ist, sofort, ansonsten im Jahr 2015, entsprechend finanziell zu unterstützen (*Applaus ÖVP*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrter Gemeinderat, lieber Thomas! Zuerst habe ich geglaubt, du hast einfach das versäumt, in den Kulturausschuss zu kommen, wo wir es recht intensiv diskutiert haben, aber jetzt aus der Form der Fragstellung sehe ich, dass es da doch um eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen geht. Deswegen möchte ich dir das jetzt doch noch einmal klarmachen. Schade, dass du nicht im Ausschuss warst, wir haben es dort mindestens zwei- bis dreimal sehr intensiv diskutiert.

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ja, aber das wäre gerade die Gelegenheit gewesen, weil du ja mit diesem Projekt sehr persönlich und vom Anfang an verbunden bist. Ich werde dich dann auch noch daran erinnern, was du damals im Gemeinderat dazu von dir gegeben hast. Also, prinzipiell ist es so, dass diese 78.000 Euro, von denen du sprichst, in einem der längsten Verträge, die es in diesem Bereich hier gegeben hat mit dem PCC, vereinbart worden bis zum Ende des Jahres 2013, als Rückzahlung und Abzahlung einer Investitionsförderung, die das PPC im Jahr 2002 hier im Gemeinderat erhalten hat. Zu diesem Anlass damals hast du selbst formuliert, ich habe leider meine Brille heute im Büro, aber ich werde es trotzdem schaffen, das noch einmal herauszuholen: Das Neue an diesem Kulturprojekt ist, dass sich die Stadt zwar an den Kosten der Errichtung der Infrastruktur in Form einer Förderung zur Tilgung des für die Adaptierung notwendigen Kredites beteiligt, das Personal des PPC und die Aktivitäten sich jedoch durch Sponsoren und Einnahmen decken. Zur Absicherung der Ansprüche der finanzierenden Bank verpflichtete sich die Stadt, das war dein Antrag damals, die Förderung 2003 bis 2013 in der Höhe von 78.100 jährlich zu bezahlen, das heißt, im Jahr 2013 war diese Förderung schon abgelaufen, nicht abgelaufen, diese Investitionsrückzahlung, im Jahr 2013 hatte das PPC dadurch einen großen Spielraum, nämlich eine Fördersumme ohne diese Tilgung mehr bedienen zu müssen, deswegen haben wir dann im Kulturausschuss das auch sehr intensiv diskutiert, auch mit dem PPC. Wir haben genau hingeschaut, es hat ja auch mit dem Kontrollausschuss mit dem Rechnungshof damals eine genaue Überprüfung gegeben, wieweit marktgängige Formate dort und nicht marktgängige, nämlich Newcomer, lokale Szene dort gefördert werden. Wir haben viele Gespräche geführt, wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir die Förderung, die als Investitionsförderung gelaufen ist, nicht

restlos streichen, sondern sie umwidmen und das ist auch von Ihrer Kollegin Gemeinderätin Kopera im Ausschuss noch einmal sehr stark betont worden, sie ganz zweckgebunden umzuwidmen als Verwendung für die Förderung von NachwuchskünstlerInnen. Das sind die 20.000, das heißt, eigentlich bekommt das PPC jetzt 20.000 Subventionen für Programm, die sie vorher gar nicht hatten. Dass wir das einfach noch einmal so zurückholen, wie die Realität ist, du warst ja damals sehr involviert in der Gründung und wir wissen ja auch, dass beim PPC leider auch nicht alles so umgesetzt wurde, wie anfangs angekündigt. Trotzdem ja, die Antwort kann ich dir auch geben, natürlich ist mir Popkultur in Graz ein großes Anliegen, es gibt einige Formate, die ich unterstütze, das sind Initiativen wie Indipartment, dann Kim, Kulturverein Disco 404 usw. Es wird eben auch die von dir angekündigte Schiene mit dem Orpheum, mit den Spielstätten gemeinsam geben, wo heimische Künstler und Künstlerinnen eine spezielle Auftrittfläche in den nächsten Monaten bekommen. Gleichzeitig möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir in der ganzen Förderschiene noch zusätzlich, nämlich Soundportal, das ja auch im PPC veranstaltet, immer wieder mit Subventionen unterstützen, wenn es um die Formate geht Local Heroes und Styrian Sound. Noch ganz kurz zu den Konkursen und zu den Nachfolgeprojekten. Es ist auch erfreulich, dass in den Nachfolgevorbereitungen für das leider, aber nicht aufgrund einer entzogenen Förderung, zugrunde gegangenen Festivals Spring, da gibt es ja eine vorbereitende Gruppe, die für nächstes Jahr etwas aufsetzt und da ist zum Glück auch das PPC aktiv eingebunden. Also ich sehe hier keine Bedrohung im Sinne der österreichisch-steirischen Pop-Szene und bin da natürlich weiterhin dabei, aber noch einmal, die 78.000 Euro waren eine Rückzahlung, eine Investition und waren keine Programmförderung und jetzt gibt es 20.000 Programmförderung für junge Kunst im PPC, wozu ich mich sehr bekenne (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich kann mir vorstellen, dass es eine Zusatzfrage gibt.

GR. **Rajakovics**: Ja, vielleicht auch, nachdem Local Heroes schon stattgefunden hat und Styrian Sound vor der Tür steht und noch keine Hinweise auf eine Förderung gegeben worden sind. Vielleicht sagst du dann auch noch, in welcher Höhe das gefördert wird, weil voriges Jahren waren es, glaube ich, dann wir, die eingesprungen sind. Die Situation hat sich in den zehn Jahren, die du angesprochen hast, natürlich massiv geändert. Zwei, ich habe es ja erwähnt, zwei die auch nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, unter anderem einer davon auch sehr stark im PPC, dass Veranstaltungen stattfinden sind aufgrund der Tatsache, dass eben die Veranstaltungen ständig von ihnen selbst getragen werden mussten, eingegangen, einfach, weil sich die Szene in den zehn Jahren massiv geändert hat und ich finde es eigentlich schade, wenn im Vergleich zu anderen Häusern, die wir auch fördern und anderen Festivals, die wir fördern, haben wir hier eine Bühne mit fast 300 Live Acts im Jahr mit ganz viel Publikum, auch Publikum, das in einem dafür auch adaptierten Raum Musik machen kann, wo man eben keine Probleme mit der Nachbarschaft hat und die haben ganz klar gesagt, dass sie auch aufgrund von Ausfällen, die bei Konzerten stattfinden, gerade bei Bands, die eben im Nischenbereich stattfinden, dass sie eine gewisse Absicherung brauchen für das Risiko, das sie tragen. Das kann in Form einer direkten Subvention sein oder in Form einer gewissen Höhe, in der das Kulturamt oder die Kulturstadträtin bereit ist, falls es danebengeht, einzuspringen. Aber dass man von 78.000 und dem gesamten Risiko, das jetzt zehn Jahre getragen haben, heruntergeht auf 20.000, wo das Geld ja da war, das finde ich gegenüber sehr engagierten jungen Grazerinnen und Grazern in dem Bereich, gelinde gesagt, unfair. Aber konkret wollte ich nur die Zahlen, mit denen du das förderst...

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte noch einmal ganz klar machen zur Programmförderung bekommt das PPC jetzt 20.000 Euro, die es davor nicht hatte, weil die 78.000 gebunden waren eine Großinvestition, die am Anfang der Vertragsdauer eingegangen wurde. Ich möchte, dass du das nicht als Kürzung darstellst, wo es keine Kürzung ist. Es gibt eine Programmförderung, so wie wir sie bei anderen Organisationen und Trägern, Postgarage usw., auch programmspezifisch machen und auch ich bekenne mich ganz klar zum PPC als einen ganz wesentlichen Ort für Pop-Kultur, aber da grassiert auch einiges, was sich wirtschaftlich trägt, wirtschaftlich darstellen lässt, macht auch Sinn und in diesem Zusammenspiel sehe ich das. Das Zweite ist, ich kann nicht verantworten als Kulturstadträtin, wir haben das auch in der Stadt deutlich besprochen, es gab zwei Unternehmer, die in Konkurs gegangen sind. Einem wurde, ich glaube, die letzten fünf Jahre immer wieder von Seiten Land und Stadt auch immer wieder aus der Patsche geholfen. Wenn ich das gegenüber anderen Unternehmen in der Stadt auf Dauer argumentieren will, dann komme ich in eine Sackgasse. Es ist so, dass man irgendwann auch ein Geschäftsrisiko so bewerten muss. Da gab es viele Förderungen, da gab es immer wieder „Unter-die-Arme-greifen“, irgendwann ist auch produktives Geld in der Förderung auszuschütten und nicht nur das Retten von leider nicht mehr funktionierenden Geschäftskonzepten. Ja, da hat sich was geändert. Wir setzen an bei einer Förderung, wir schauen, dass wir sehr stark in die Produktionsförderung hineingehen, wenn Produktionen, das heißt ganz konkrete Projekte, stattfinden, dann liegen die vor, wie eben auch heuer und das war letztes Jahr von uns gefördert, das war nicht so, dass ihr das alleine getragen habt die Wettbewerbe, im nächsten Stadtsenat gibt es da die Bewilligung. Also das ist derzeit, weil es hat im Oktober die Förderbeiräte gegeben, ist im Laufen. Die ganz genaue Höhe kannst du bitte vom Kulturamt erfragen, falls Herr Peter Grabensberger das weiß, das weiß ich jetzt nicht auswendig, aber hier gibt es, wie bisher, eine Förderung und wie gesagt, Konkurs ist etwas, was wir als Stadt nicht mit Fördermitteln...

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ja, das war zuerst eine Intention. Es gibt eine Förderung für die Jugend und Nachwuchsförderung, die sich speziell auf den Grazer Raum bezieht, weil wir hier einen kulturpolitischen Auftrag haben. Internationale Acts, die Geld und Einnahmen bringen, müssen sich selbst tragen, das nutzt nichts (*Applaus Grüne*).

6) Hundekot zur Stromerzeugung nutzen

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt an StR.ⁱⁿ **Rücker** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadträtin Rücker! Ein sinnvolles Projekt für Graz, das in den USA und in Deutschland schon umgesetzt wurde, wäre die Nutzung des im Hundekot enthaltenen Methangases zur Energiegewinnung. Der Hundekot wird in speziellen Fermentern gesammelt und erzeugt dadurch Strom, der zur Beleuchtung von Parkanlagen und Wegen genutzt werden kann. Die Verwertung erfolgt dort, wo der Hundekot anfällt, nämlich direkt in den Parks, die mit der daraus gewonnenen Energie beleuchtet werden.

Die Hundekotverwertung ist teuer und, da alles in den Restmüll wandert, auch sehr belastend für die Umwelt.

Mit der Umsetzung dieser Idee der Energiegewinnung würde die Stadt gleich mehrere positive Effekte erzielen:

- 1) weniger Restmüll
- 2) eine neue Art, Strom zu gewinnen und letztlich auch
- 3) einen Anreiz für die Halterinnen und Halter, die den Kot ihrer lieben Vierbeiner liebend gerne wegzuräumen.

Daher stelle ich an Sie namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die oben genannte Idee der Energiegewinnung aus Hundekot in einem Pilotprojekt in Graz umzusetzen (*Applaus KPÖ*)?

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Martina! Ich freue mich immer über innovative und interessante Überlegungen zum Thema Energieeffizienz, auch im Sinne von erneuerbarer Energie. Wir haben uns natürlich auf deine Frage hin genauer angeschaut, auf welche Projekte du hier Bezug nimmst. Das eine Projekt ist aus den USA, man kann es leider nur sehr klein auch auf diesem Foto sehen, ich werde es nachher noch ein bisschen erläutern, ist ein Kunstprojekt gewesen, das mit zwei Behältern das Licht für eine Gaslaterne produziere. Ich möchte einfach nur die Dimension noch einmal herholen und deswegen war es natürlich interessant zu sehen, ob es dazu noch mehr Wissenschaftliches gibt. Es gab in Berlin eine Studie dazu und die haben wir uns genau angeschaut, weil du gesagt hast vom deutschen Projekt, ich kenne eben nur diese Studie aus Deutschland, die hat das für die Stadtverwaltung Berlin überprüft und kommt zu dem Schluss, erstens die Entsorgung der Säckchen würde eine ziemlich große logistische Umstellung auch bei den

Hundebesitzern und -besitzerinnen bedeuten, weil die musst du gesammelt an bestimmten Orten so sammeln, dass die Leute wirklich dann auch diese Wege auf sich nehmen, weil du kannst ja nicht für diese Behälter noch mehr... also jetzt verschwinden sie im Restmüll bei den normalen, da müsstest du noch mehr Behälter aufstellen. Das Zweite ist, dass die Reinheit des Hundekots nicht gegeben ist, weil er meistens vermengt ist mit anderen Stoffen, ob Sand, Kiesel, Laub usw. Das Dritte ist leider ein wichtiges Problem, das wir nicht unterschätzen sollten, das ist die Hygiene, sie sind Allesfresser, es gibt eine relativ hohe Verunreinigung des Hundekots mit Krankheitserregern, das heißt, eine gute Hygienisierungsstufe zu erreichen, wäre extrem aufwändig und diese Studie kommt leider zu einem Ergebnis, dass die Kosten- und Nutzenbilanz sich negativ auswirkt. Ich möchte noch einen Sicherheitsaspekt, der aus dem Umweltamt dazukommt, das Biogas ist brennbar und explosiv, das heißt, einen Behälter im öffentlichen Raum einfach so zu platzieren, würde auch nicht gehen, wir haben ja schon bei den Maroniständen Umzäunungen und dann ist eben die Frage, ob zwei solche Behälter pro Laterne im Verhältnis das Energie ist, was das für den öffentlichen Raum bedeuten würde, wenn wir, übrigens Gaslaternen haben wir wenige, die KPÖ hat erst vor zwei Jahren beantragt, sie ganz abzuschaffen. Also das steht nicht im Verhältnis und deswegen kann ich es nicht als eine Vorgangsweise aufgreifen, die ich weiterverfolgen werde. Wie gesagt, wir haben uns genau damit beschäftigt, weil es uns natürlich interessiert, jede Form zu prüfen. Aber die Berliner Ergebnisse zeigen, zu teuer im Verhältnis zu dem, was es bringt. Tut mir leid (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Thomüller**: Also zu den Problemstellungen, die Sie angesprochen haben, waren, dass sie dort stehen, wo sowieso die Hundebesitzer und Hundebesitzerinnen Gassi gehen, also in die Parks direkt, dann braucht man nicht weit weg laufen und ich

denke, ich bin selbst Hundebesitzerin, würde dort auch dorthin gehen, um das zu entsorgen. Der zweite positive Effekt weniger Restmüll, man würde auch biologisch abbaubare Hundekotsackerl verwenden, das wäre besser für die Umwelt, weniger Restmüll, wie angesprochen. Mich würde das trotzdem sehr reizen, wenn man vielleicht für Graz die Kosten-Nutzen-Rechnung erstellen würde, damit man es dann wirklich Schwarz auf Weiß hat. Berlin ist nicht so zu vergleichen mit Graz, also das wäre eine Anregung, eine Bitte trotzdem für mich (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich bin als Stadtsenatsreferentin dazu angehalten, wirtschaftlich und effizient zu arbeiten und auch in den Ämtern arbeiten zu lassen. Das Umweltamt ist sehr intensiv befasst mit der Umsetzung des Kommunalen Energie-Konzeptes, der Effizienzstrategien des Aktionsplanes Energiearmut. Ich kann mit diesen Grundlagen, die ich aus Berlin habe, eine Einschätzung treffen und auch das Umweltamt, dass wir in Graz zu ähnlichen Erkenntnissen kommen würden und deswegen werde ich dieses Projekt, so leid es mir tut, nicht weiterverfolgen, weil wir zu einem Schluss kommen, dass es absolut nicht in Verhältnismäßigkeit gebracht wird. Abgesehen davon, dass wir eben, wie gesagt, mit Behältern im öffentlichen Raum aufzustellen, in dieser Stadt jetzt schon mit jedem Radlstander an eine Grenze stoßen und ich nicht sehe, welche Parkplätze dafür in Anspruch genommen werden müssten, weil man ja auch da eine ständige Diskussion haben. Das heißt, es ist aus Grazer Sicht brauchen wir da nicht weiter hinschauen, es ist nicht effizient genug, tut mir leid (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem Sie ein Foto beigelegt haben, kann ich mir das auch als Stadtplanungsreferent sehr schlecht in unseren Parkanlagen vorstellen.

7) Haftungen und Garantiezusagen der Stadt Graz

GR. **Hötzl** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es geht um Haftungen und Garantiezusagen der Stadt Graz gegenüber Dritten, also Privaten. Motivenbericht habe ich mir aufgrund der Präzision der Frage gleich komplett erspart.

Ich richte an Sie namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Sind Sie bereit, dem Gemeinderat eine Liste vorzulegen, in der sämtliche Haftungsübernahmen und rechtlich ähnlich gelagerte Garantieerklärungen der Stadt Graz, wie beispielsweise Rückkaufverpflichtungen zugunsten natürlicher und juristischer Personen der Privatwirtschaft, dargelegt sind, wobei diese Liste auch Erklärungen und Haftungsübernahmen der Beteiligungen der Stadt Graz umfassen sollen (*Applaus FPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat! Die Haftungsübernahmen und auch ähnliche Garantieerklärungen der Stadt Graz werden alljährlich als Beilage zum Rechnungsabschluss dem Gemeinderat vorgelegt und veröffentlicht. Bei den Beteiligungen sind sie in der Bilanz als Rückstellung oder als Eventualverbindlichkeiten unterm Strich ausgewiesen, soviel einmal zu den Haftungsübernahmen und zu den Garantieerklärungen. Zusätzlich ist noch zu erwähnen, dass Haftungen, die die Stadt für Schulden der Tochtergesellschaften übernommen hat, ja bereits in unserem konsolidierten Schuldenstand enthalten sind.

Eine Addition dieser Verpflichtungen käme einer, im konsolidierten Schuldenstand, käme einer Doppelzählung gleich. Die Rückkaufsverpflichtungen sind allerdings nur dann mit Haftungen und Garantien vergleichbar, wenn der Wert der rückgekauften Güter nicht dem Verkehrswert entspricht. Entspricht der Rückkaufswert dem Verkehrswert, bedeutet die Inanspruchnahme einer solchen Verpflichtung durch einen Vertragspartner für die Stadt Graz anders eben als bei Haftung und Garantien keine Vermögensverminderung. Solche normalen Rückkaufsverpflichtungen sind daher nicht in der Haftungsbeilage ausgewiesen. Es gibt insgesamt keine systematische und auch von der VRV verlangte Darstellung von Rückkaufsverpflichtungen und ich möchte eigentlich gerne noch anfügen in diesem Zusammenhang, dass wenn man das wirklich vollständig aufzählen wollte, dann müsste man sämtliche Verträge, die die Stadt oder eine der Beteiligungen unterfertigt hat, auf Pflichten, die in diesen Verträgen drinnen sind, überprüfen und anschauen und müsste dann diese Aufstellung machen. Das ist einfach, ich denke, einfach nicht möglich und hat auch wahrscheinlich einfach relativ wenig Realitätsgehalt, eine derartige Aufstellung zu machen. Ich kann es nur noch einmal sagen, die wichtigsten Dinge noch einmal zusammengefasst, die Haftungsübernahmen und Garantieerklärungen sind da, die werden jährlich veröffentlicht und die Rückkaufsverpflichtungen und sonstige Verpflichtungen in Verträgen sind dann eben zu diskutieren, wenn die Verträge fällig werden, auslaufen, abgeschlossen werden oder wie auch immer (*Applaus ÖVP*).

GR. **Hötzl:** Danke für die technische Aufklärung, wie solche Verbindlichkeiten dargestellt werden, das war aber überhaupt nicht meine Frage. Dazu hätte ich auch zu Herrn Dr. Kamper oder zum Herrn Kicker gehen können. Ich weiß nicht, was an der Frage so schwer oder wollen Sie es vielleicht nicht so recht beantworten, was da so

schwer zu verstehen ist. Die Stadt Graz übernimmt Haftungen oder Bankgarantien oder Rückkaufverpflichtungen, teilweise in beträchtlicher Millionenhöhe, an dritten, an privaten Unternehmungen und da muss es ja wohl möglich sein, eine Liste zu bekommen, wo man zumindest einen groben Überblick kriegt, eine Liste, nicht technische Abbildungen im Budget, um das geht es da gar nicht, ist mit keinem Satz erwähnt in meiner Anfrage, sondern eine Liste jener Begünstigten, die hinter diesen Haftungsübernahmen und Bankgarantien und Rückkaufverpflichtungen stehen. Ganz genau das ist es (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Jetzt habe ich einmal Ihre Frage nicht verstanden oder jedenfalls verstehe ich nicht, wieso Sie meine Antwort nicht verstehen. Diese Liste gibt es von Haftungsübernahmen und von Garantieerklärungen, diese Liste wird jährlich publiziert, sie ist im Rechnungsabschluss drinnen. Wenn Sie es wollen, kann ich Sie Ihnen gerne herauskopieren, wenn es darum geht, damit Sie die Liste auch so physisch vor sich haben, aber das ist es. Bei Rückkaufverpflichtungen, habe ich Ihnen genannt, gibt es in dieser Form nicht und eine vollständige Darstellung würde um sozusagen das Haftungsvolumen oder die Verpflichtung der Stadt Graz gegenüber Privaten, abgesehen von den Haftungs- und Garantieerklärungen, die sind ja da, kann ich nur sagen, würde eine Analyse von allen Verträgen beinhalten.

GR. **Hötzl**: Öffentlich wollen Sie es nicht?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Das ist veröffentlicht in der Beilage.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Steht alles im Rechnungsabschluss.

8) Ausschreibung der Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt an Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck** folgende Frage:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuhörerInnen auf der BesucherInnengalerie! Die Frage selbst hatte ich ja eingereicht zu einem Zeitpunkt, als noch nicht bekannt war, dass jetzt schon solche Gespräche geführt worden sind. Formal muss ich trotzdem die ursprüngliche Frage vorlesen, die war, wie ist der Stand der Dinge bezüglich der in der September-Fragestunde für Ende Oktober 2014 angekündigten Gespräche mit dem Frauenrat betreffend Ausschreibung der vakanten Stelle der unabhängigen Frauenbeauftragten? Wir haben es den Medien schon entnommen, aber du wirst es uns sicher noch einmal erläutern. In der Zusatzfrage geht es dann wahrscheinlich um die Dinge, die aktuell zu diskutieren sind. Danke.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Liebe Daniela! Wie gesagt, es ist schon öffentlich kommuniziert worden. Ich wiederhole es gerne hier auch noch einmal. Ich habe vorgestern, also am 11. November, das Gespräch oder die Gespräche geführt mit drei Vertreterinnen des Frauenrates und habe ihnen mitgeteilt, dass in den nächsten

Tagen Schrägstrich in der nächsten/übernächsten Woche öffentlich diese Stelle neu ausgeschrieben werden wird.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Warum wurden in dieser öffentliche Bekanntgabe die Ergebnisse beziehungsweise die Bewertung der Arbeit der bisherigen Frauenbeauftragten so verzerrend in der Öffentlichkeit dargestellt, sprich warum wurden wichtige Vereinbarungen, es gab die Vereinbarung, explizit weniger Einzelberatung zu machen und mehr Öffentlichkeitsarbeit usw., warum wurde dies, und auch sieben von insgesamt acht Unterpunkten in der Vereinbarung, öffentlich nicht thematisiert und warum wurden auch die konkreten Einzelergebnisse für Evaluierung nicht dargestellt beziehungsweise verzerrend dargestellt? Also dass im Bereich Öffentlichkeitsarbeit 100 % erreicht wurden, im Bereich Kooperationen 100 %, im Bereich Projekte 80 %, in anderen Bereichen usw. und sogar im Bereich Beratung laut dieser Studie, die du in Auftrag gegeben hast, ebenfalls 80 %. Warum wurde es so dargestellt, mit Zitat von dir und nicht Korrektur, sondern möglicherweise Bestätigung am Folgetag, dass die unabhängige Frauenbeauftragte ihre Arbeit nicht gemacht hat, sprich, dass, was als Kernaufgabe auf diesem Posten zu erledigen gewesen wäre, nicht passiert sei, obwohl alle im Frauenrat wissen, dass das explizit nicht Kernaufgabe, sondern eine von acht Punkten war (*Applaus Grüne*)?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also ich habe das bei allen Gesprächen, die ich vorgestern geführt habe, so gehalten, dass ich das Evaluierungsergebnis der jeweiligen Einrichtung, und im Fall der unabhängigen Frauenbeauftragten, auch den drei Vertreterinnen übergeben habe und klar dazugesagt habe, dass das von meiner

Seite nicht veröffentlicht wird. Ich denke, das ist eine Evaluierung, die so per se nicht veröffentlicht werden muss. Ich weiß, ich verstehe dich inhaltlich nicht so ganz, Daniela Grabe, ich weiß nicht, von welcher Vereinbarung du sprichst. Ich habe mir die Dokumente, die formellen Dokumente durchgeschaut und wenn wir uns die Stellenausschreibung aus dem Jahr 2004 anschauen, da wird ganz klar darauf Bezug genommen, die Aufgabe der Frauenbeauftragten wird darin bestehen, eine generelle Anlaufstelle für alle Grazerinnen zu sein, deren Probleme und Nöte umfassend wahrzunehmen und durch Interventionen in Einzelfällen diese Anliegen und Beschwerden zu bearbeiten und zu einer für die betroffene Frau akzeptablen Lösung zu gelangen. Dann haben wir 2009, lasse mich bitte ausreden und höre gut zu, weil vielleicht merkst du es dir dann. 2009 haben wir die Ausschreibung des Frauenreferates an erster Stelle, der Aufgabenbereich an erster Stelle, Ombudsstelle zur Information und Unterstützung von Grazer Frauen und Mädchen an erster Stelle. 2014 die Stellenausschreibung, wo du ja auch angeblich mitgearbeitet hast. Aufgabenbereich: Erste Stelle Ombudsstelle zur Information und Unterstützung von Grazer Mädchen und Frauen. Also ich weiß nicht, was du ansprichst, es ist in der Stellenausschreibungen und auch im Stadtsenatsbeschluss aus dem Jahr 2013, auf den du ja auch gerne Bezug nimmst, die Tätigkeit der unabhängigen Frauenbeauftragten der Stadt Graz hat folgende Aufgabenbereiche zu umfassen: an erster Stelle Information und Unterstützung von Grazer Frauen und Mädchen im Sinne einer Ombudsstelle. Steht in den Dokumenten so drinnen, ich weiß nicht, welche Vereinbarungen du vor meiner Zeit mit meinen Vorgängerinnen getroffen hast, ich halte mich an das, was wir im Stadtsenat beschlossen haben, ich halte mich an das, was in der Stellenausschreibung steht, ich halte mich auch an das, was auf der Homepage der unabhängigen Frauenbeauftragten bei der Beschreibung der eigenen Tätigkeit ganz oben steht, liebe Daniela, rate, was dort steht? Richtig, die Ombudsstelle (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** zur Geschäftsordnung: Ich bitte um die Korrektur des Vorwurfs, ich würde mir Dinge nicht merken, nur weil ich aufgrund von anderen Medienberichten bestimmte Dinge noch einmal zu hinterfragen wage. Das ist eine Unterstellung, ich bitte um Korrektur dieser Darstellung, ich würde mir Dinge nicht merken. Die werde ich von dir wohl nicht bekommen, bitte für das Protokoll, dass ich das beantragt habe, dass es ein Stil ist, der bemerkenswert ist (*Applaus Grüne*).

9) Schmiedgasse – Verkehrskonzept

GR. **Haberler** stellt an StR. Mag. (FH) **Eustacchio** folgende Frage:

GR. **Haberler**: Geschätzter Herr Bürgermeister, werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Zuhörer auf der Tribüne und Gemeinderatskollegen! In meiner Frage geht es um die Schmiedgasse, um ein Verkehrskonzept. Die Schmiedgasse war lange eine Baustelle, es ist immer ausgebessert worden, jetzt haben wir uns durchgerungen, dass die Schmiedgasse komplett neu gestaltet wurde. Man hat das Gefühl, wenn man durchgeht, dass man langsam, sage ich einmal, Richtung Süden kommt, Richtung Venetien usw. Also richtig ein südländisches freundliches Flair. Die Belagsarbeiten die werden in der Schmiedgasse demnächst abgeschlossen sein und jetzt geht es darum, was man aus dieser, sage ich einmal, freundlich gestalteten Flaniermeile, die jetzt kommt, machen wird. Es gibt etliche Anregungen, das Casino hat angesprochen, es wäre an der Zeit, sage ich einmal, die Fußgängerzone noch größer auszubreiten, dass man dort nicht mehr so diesen Gefahren des Verkehrs ausgesetzt ist. In der Raubergasse ist jetzt zum Beispiel der Radverkehr umgeleitet worden, wir wissen, dass wir immer wieder im Gemeinderat darüber gesprochen haben, dass Leute aus den Geschäftslokalen in der Schmiedgasse herausgekommen, sind vom Fahrrad

niedergeschossen worden und diese Dinge sind natürlich alle in meinem Hinterkopf geblieben. Weshalb ich daran interessiert bin, das Miteinander in Graz unter der Bevölkerung bestmöglich zu gestalten, dass man in der Schmiedgasse die Fußgänger so wie die Kunden der dort angesiedelten Geschäfte und die Gastgartenbesucher, damit sie sich wohlfühlen, wäre ich natürlich, sage ich einmal, an einem Konzept interessiert, dass man dieses Miteinander gut gestalten können.

Die Belagsarbeiten in der Schmiedgasse werden bald abgeschlossen sein und wird eine freundlich gestaltete Flaniermeile entstehen, in der sich Fußgänger, Kunden der dort angesiedelten Geschäfte sowie Gastgartenbesucher wohlfühlen können.

Daher stelle ich an Sie, geschätzter Herr Verkehrsstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio, folgende

Frage :

Sind Sie bereit, ein Konzept für ein friedliches Miteinander im Bereich zwischen Landhausgasse und Kaiserfeldgasse zu erarbeiten, das die dargestellten Bedürfnisse der Fußgänger, Kunden und Gastgartenbesucher beinhaltet (*Applaus ÖVP*)?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Danke, Herr Gemeinderat, lieber Stefan! Wir wissen natürlich um die Problematik überhaupt in den Fußgängerzonen in diesem Mischverkehr, Mischung zwischen Fußgänger, Radfahrern, da kommt es natürlich zu Problemen. Aber ganz konkret zu deiner Frage. Das von dir auf Anfrage erwähnte Verkehrskonzept in der Schmiedgasse ist natürlich bereits vorhanden, weil es im Allgemeinen als Fußgängerzone bezeichnet wird, so sieht es zumindest die Straßenverkehrsordnung vor. Und ich darf auch aus der Straßenverkehrsordnung

zitieren § 76a, Abs. 2 Ziffer 3 und 4: Ferner kann die Behörde in der Verordnung nach Absatz 1 nach Maßgabe der Erfordernisse und unter Bedachtnahme auf die örtlichen Gegebenheiten bestimmen, dass mit Fahrrädern die Fußgängerzone dauernd oder zu bestimmten Zeiten befahren werden darf. Weiters wird im § 76a Abs. 6 und Abs. 7 klar definiert, wie sich die einzelnen Verkehrsteilnehmer zu verhalten haben. Die Lenker von Fahrzeugen dürfen in eine Fußgängerzone nur an den hierfür vorgesehenen Stellen einfahren. Sie haben von ortsgebundenen Gegenständen oder Einrichtungen wie Häusern, Brunnen, Laternen, Bänken, Bäumen und dergleichen einen der Verkehrssicherheit entsprechenden seitlichen Abstand einzuhalten und dürfen nur mit Schrittgeschwindigkeit fahren. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Schienenfahrzeuge ist nach den eisenbahnrechtlichen Vorschriften festzusetzen. Punkt 7: Fußgänger dürfen in Fußgängerzonen auch die Fahrbahn benützen, sie dürfen dabei aber den erlaubten Fahrzeugverkehr nicht mutwillig behindern.

Aber ich weiß schon, wohin deine Frage zielt, weil das ja immer wieder auch aus den Reihen deiner Fraktion kam. Wenn die Frage darauf abzielt, Fußgänger und Radfahrer mittels extra ausgewiesenem Geh- und Radweg zu trennen, muss ich mitteilen, dass diesem Wunsch nicht entsprochen werden kann. Erfahrungen im Zusammenhang mit der Trennung von Geh- und Radwegen haben ergeben, dass durch die Aufsplittung erst recht Gefahrenpotential entsteht, Radwege werden mit höherer Geschwindigkeit befahren etc. Und dies kann, wie sich im schlimmsten Fall gezeigt hat, sogar tödlich enden und daher eine klare Absage meinerseits (*Applaus FPÖ*).

GR. **Haberler**: An dem Punkt wollte ich sagen, wir sind keineswegs dagegen, dass wir in der Schmiedgasse sagen, wir wollen das Radfahren verbieten, es geht rein um die Sicherheit. Natürlich, wenn man dort einen getrennten Fahrbahnstreifen hat, wie geschildert, wird natürlich die Geschwindigkeit dementsprechend erhöht, was noch

ein höheres Konfliktpotential ist. Genau das ist das, was wir auch vermeiden wollen. Deswegen ist die Zusatzfrage: Welche anderen Möglichkeiten sieht man, dass man die Geschwindigkeit reduzieren kann so, dass dieses Gefahrenpotential, das dort wirklich definitiv herrscht, unterbunden wird oder auf ein Minimum reduziert wird? Welche Möglichkeiten siehst du da bitte?

StR. Mag. (FH) **Eustacchio**: Ja, wir sind ja hier in enger Zusammenarbeit mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit, wir haben eine eigene Broschüre herausgegeben, wo eben auf die Verhaltensregeln hingewiesen wird, auch die StVO genannt wird. Weiters macht das Kuratorium aufmerksam mittels Anzeigetafeln der Geschwindigkeiten, wo hier eben gezeigt wird, man hat ja selbst oft nicht das Gefühl, dass man da zu schnell unterwegs ist und deswegen zeigt uns auf diesen Tafeln, das ist der Schritt, den wir in diesem Jahr gesetzt haben und im kommenden Jahr werden wir fortsetzen, gerade in der Schmiedgasse, und werden hier gemeinsam auch mit der Polizei einen Einsatz haben, wo die Radfahrer, die eben zu schnell sind, darauf hingewiesen werden auch durchaus in Begleitung der Polizei, weil das einen verstärkenden Effekt hat. Es gilt hier, jetzt nicht in erster Linie zu strafen, sondern Bewusstsein zu bewirken. Das sind die Maßnahmen, die wir vorhaben (*Applaus FPÖ*).